SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG **Drucksache 18/719**
18. Wahlperiode 11. April 2013

Antrag

der Fraktion CDU

Chancen für mehr Mobilität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, der Initiative der Bundesländer Bayern, Niedersachen und Sachsen, einen Bildungsstaatsvertrag zu schließen, beizutreten.

Ziele des Staatsvertrages müssen sein, die Vergleichbarkeit von Abschlüssen zu verbessern, die Mobilität von Schülerinnen und Schülern sowie der Lehrkräfte zu fördern und die hohe Qualität der schulischen Bildung und der Lehrerbildung zu sichern.

Folgende Eckwerte soll der Staatsvertrag enthalten:

- Die in der Kultusministerkonferenz verabschiedeten Bildungsstandards werden in die Lehrpläne der Länder verbindlich aufgenommen.
- Im ersten Schritt soll ein bundesweiter Abitur-Aufgaben-Pool mit gleich schweren und standardbasierten Abiturprüfungsaufgaben entwickelt werden. Im zweiten Schritt ist dieses Verfahren auf die anderen Bildungsabschlüsse anzuwenden.

- Die Länder nehmen an den internationalen Vergleichsuntersuchungen teil, die darüber hinaus durch eigene Ländervergleiche – in Anlehnung an die Bildungsstandards – erweitert werden mit dem Ziel, die Qualität des Unterrichtes zu verbessern. Dabei soll das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) die Maßnahmen zur kontinuierlichen Weiterentwicklung von Bildungserträgen unterstützen.
- Die Lehramtsstudenten sollen die Sicherheit erhalten, mit ihrem Abschluss – unabhängig vom Bundesland – unterrichten zu können. Dazu müssen die unterschiedlichen Abschlüsse gegenseitig anerkannt werden.
- Der Wechsel von den bereits im Schuldienst beschäftigten Lehrkräften in andere Bundesländer, z. B. bei einer Familienzusammenführung, soll erleichtert werden.

Heike Franzen
und Fraktion